

Druckbedingungen und Anzeigendirekte sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Arbeiter

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Gesellschaft 3-5 Ulls
Verleger: Hermann-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Deutschnationale und Reichsregierung

Krach in Preußen, dann Unterstützung im Reich

III. meldet:
Die beiden der Deutschnationalen Volkspartei nahestehenden Persönlichkeiten, die der Kanzler gestern außer den Abgeordneten Leicht und Bredt zwecks Bildung eines überparteilichen Kabinetts empfing, waren Ministerialdirektor a. D. Neuhaus und Vizepräsident v. Arles. Die beiden wurden das Innenministerium, jenem das Wirtschaftsministerium angeboten.

v. Arles und Neuhaus haben dem Reichskanzler zugesagt, ihre Antwort bis heute nachmittag zu übermitteln. Sie werden die Antwort im Einvernehmen mit der Deutschnationalen Volkspartei formulieren und sie wird im wesentlichen davon abhängen, ob auf Grund der Haltung der preußischen Zentrumsfraktion mit einer Teilnahme der Deutschnationalen an der künftigen preußischen Regierung gerechnet werden kann.

Dem früheren Justizminister Emminger (Bayer. Volksp.) wurde angeboten, in das überparteiliche Reichskabinett als Justizminister einzutreten.

Neuhaus war früher Ministerialdirektor im preußischen Handelsministerium, ist aber ausgeschieden, da er sich weigerte, den Eid auf die Verfassung zu leisten. Wird er das Versäumte nachholen, wenn er Reichsminister werden kann? Und wird man solchem Eid Glauben schenken dürfen?

Die „Germania“ nennt die Beauftragung des Reichskanzlers Marx mit der Bildung einer überparteilichen Regierung ironisch die voraussetzende Drehung im Kreise, „die uns hätte erspart werden können, wenn nicht vermeintliche taktische Schaulust über politische Grundzüge gesiegt hätten“. Das überparteiliche Ministerium bedeute keine Lösung der Krise, sondern nur eine Verzögerung. Eine Beruhigung treibe nicht ein. Das Zentrum, das die offene Rechtskoalition abgelehnt habe, werde seine Hand auch nicht zu einem verschleierte Rechtsblock reichen. Das sei der springende Punkt.

In der Deutschnationalen Partei hat wieder einmal der Schachergeist den Sieg davongetragen. Sowohl „Deutsche Tageszeitung“ wie „Kreuz-Zeitung“ versichern mit der größten Offenheit, daß ihnen die Bildung der Reichsregierung und die Außenpolitik des Reiches ganz gleichgültig sei, wenn man nur in Preußen an die Stelle Brauns und Sederings deutschnationale Statthalter der Reaktion und der Monarchie setze. Man muß das wörtlich genießen. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Und wenn man in dieser Situation die Reichsregierung

durch deutschnationale Kräfte verstärken will, ohne auch nur wenigstens in Preußen, wo die Entscheidung ohnehin drängt, eine klare und feste Koalition mit den Deutschnationalen herzustellen, dann wird man diesen den Verdacht nicht verdenken können, daß man sie nur zunächst im Reich als Deckung für die Mißerfolge der auswärtigen Politik benutze, im übrigen aber sich um die natürlichen Folgerungen aus dem Wahlergebnis vom 7. Dezember herummanövrieren möchte. Daß sie sich, zumal nach den trüben Erfahrungen vom vorigen Oktober, dazu nicht hergeben wollen, erscheint eigentlich selbstverständlich.

Das Angebot ist nicht mißzuverstehen. Wenn man der Deutschnationalen Volkspartei Preußen überliefert, ist sie bereit, die „Mißerfolge“ der deutschen Außenpolitik mit ihrem Namen zu decken. Geschäft ist Geschäft.

Zum Abschluß eines Geschäfts gehören allerdings mehr als ein Partner. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat es in ihrer gestrigen ausgedehnten Sitzung vermieiden, zu der Klärung der Situation in Preußen eindeutig Stellung zu nehmen. Ein Beschluß des Zentrums steht noch aus. Man darf neugierig sein, was diese Parteien zu dem ehrenwerten Angebot der Deutschnationalen sagen werden.

Volkspartei und Preußen.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt, wie gemeldet wird, gestern ihre erste Fraktions-sitzung nach Weihnachten ab. Die Fraktion war vollzählig vertreten. Auch eine große Anzahl von Mitgliedern der Reichstagsfraktion wohnte der Sitzung bei, darunter die Abgeordneten Dr. Scholz, Kempkes, v. Kardorff, Curtius, Morath, Hepp. Im Laufe der Beratungen erschien auch der Reichsaussenminister Stresemann. Der Vorsitzende der Preußenfraktion, v. Campe, vertrat zunächst ein längeres Referat über die politische Lage und über die Frage der Kabinettsneubildung. Nach ihm nahm das Wort der preußische Finanzminister Dr. v. Richter. Auch Kultusminister Dr. Boellig nahen an der Sitzung teil. Die sich anschließende sehr eingehende Aussprache, die nachmittags um 4 Uhr begonnen hatte, erreichte erst um 8 Uhr abends ihr Ende. Es wird von der Fraktion das folgende offizielle Kommuniqué ausgegeben:

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer heutigen Sitzung die politischen Fragen beraten und keinerlei Veranlassung gefunden, ihren in ihrer ersten Enschließung vom 18. Dezember 1924 vertretenen Standpunkt zu ändern, wonach sie ihre Politik im engsten Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion zu führen gewillt ist. Im Verlauf der Debatte konnte wieder einmal die volle Einmütigkeit der Fraktion festgestellt werden.

Die Tagung der Internationale.

Genfer Protokoll — Purcell — Achtstundentag.

Brüssel, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Bureau der Sozialistischen Arbeiterinternationale diskutierte am Sonnabend vormittag über das Genfer Protokoll und den internationalen Garantievertrag. Die Debatte gestaltete sich im wesentlichen zu einer Auseinandersetzung zwischen den Franzosen und Engländern. Blum (Frankreich) erklärte, daß den Franzosen die Haltung der Engländer unverständlich sei. In Genf wäre das Protokoll in vollem Einvernehmen der französischen und englischen Regierung abgefaßt worden. Frankreich habe sofort unterzeichnet, während weder die Arbeiterregierung noch später das konservative Kabinett das gleiche getan hätten. Ansehend sei selbst die englische Arbeiterpartei nicht sehr für das Genfer Protokoll. Frankreich beabsichtige jedenfalls, das in Genf gegebene Wort einzuhalten. Sollte das Genfer Protokoll von den anderen Regierungen nicht ratifiziert werden, dann müsse Frankreich auf einen Garantievertrag bestehen. Falls ein solcher Vertrag an dem Widerstand Englands scheiterte, würde Frankreich wahrscheinlich mit einzelnen Ländern Sonderverträge zum Zweck seiner und ihrer Sicherheit abschließen. — Wedgwood (England) antwortete, daß der Garantievertrag in England unpopulär sei. England fühle sich nicht bedroht und wünsche auch nicht, im Interesse anderer Länder wieder in den Krieg hineingezogen zu werden. Auch die englische Flotte dürfe sich niemals wieder an einer Blockade im Interesse eines kriegsführenden Landes beteiligen. Vor allem sei die Arbeiterpartei dagegen, daß England in einem neuen Krieg den internationalen Politikern spiele. Wenn das aber schon notwendig sei, dann müßten wenigstens zwei Schußleute, und zwar England und Amerika, vorhanden sein. — Vorsitzender Vandervelde (Belgien) beendete schließlich die Debatte mit dem Hinweis, daß die Frage der Ratifikation des Genfer Protokolls und der Garantieverträge bei anderer Gelegenheit nochmals gründlicher durchgesprochen werden müsse als jetzt möglich sei. Zunächst würden die interessierten Länder versuchen müssen, zu einer einheitlichen Stellungnahme zu gelangen.

Am Nachmittag folgte die gemeinsame Sitzung des Internationalen Bureaus mit dem Vorstand der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die die Genossen Dudgeest, Jouhaux, Sassenbach und Mertens entsandt hatte. Die englische Delegation, darunter Purcell, hatte wegen schweren Sturms im Kanal nicht reisen können. Einleitend wurde die Nachtarbeit im Bäckergewerbe besprochen. Vandervelde gab zu diesem Punkt der Tagesordnung, an den sich gleichzeitig eine Beratung über den Achtstundentag knüpfte, im Namen des internationalen sozialistischen Bureaus eine Erklärung, in der er ausführte, daß er die Gelegenheit der Zusammenkunft ungenutzt vorbegehen lassen könne, ohne die schwere Sorge über die Haltung der englischen Gewerkschaftsdelegation in Rußland zum Ausdruck zu bringen. Der Bericht dieser Kommission sei zwar noch nicht veröffentlicht. Immerhin hätten Pur-

cell und Bromley bereits Erklärungen über ihre Auffassung und das Ergebnis der Reise gemacht, die in der kommunistischen Presse stark ausgeschlachtet werden. Er, Vandervelde, beabsichtige im Augenblick nicht, die Ansichten der Delegation über die wirtschaftliche Lage Rußlands zu diskutieren. Über manche Erklärungen, die von der Delegation insgesamt oder von einzelnen ihrer Mitglieder abgegeben worden seien, hätten rein politischen Charakter. Sie könnten darum nicht ausschließlich vom Standpunkt der Gewerkschaftsinternationale betrachtet werden, zumal sie in der Wirkung schlimme politische Folgen haben könnten. So behauptet die Delegation z. B., daß in Rußland volle Kulturfreiheit bestehe, ohne aber auch nur ein Wort von dem Koalitionsrecht zu sagen. Bromley habe ferner in einer Versammlung in Tiflis gesagt, daß die bolschewistische Herrschaft in Georgien den Wünschen des georgischen Volkes entspreche. Vandervelde fuhr dann fort: „Wie können derartige Erklärungen eines Mitgliedes der Labour-Party ohne heftigen Protest der georgischen Sozialisten und der Internationale, der sie angehören, bleiben?“ Er überläßt es schließlich den anwesenden Mitgliedern der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, sich darüber zu entscheiden, ob die von ihm angeführte Frage bereits jetzt oder in einer späteren Sitzung debattiert werden solle. In diesem Zusammenhang erklärte Vandervelde ferner, daß er es für seine Pflicht gehalten habe, angesichts der bösen Erfahrungen mit einer „Einheitsfront“, wie sie von den Bolschewisten aufgeföhrt wird und wie sie heute auf gewerkschaftliches Gebiet übertragen werden soll, seine Sorge auszusprechen. Bei den engen Beziehungen zwischen der Amsterdamer Internationale und der Arbeiterinternationale könne ein Angriff auf eine dieser Organisationen von der anderen nicht gleichgültig hingenommen werden. Die gemeinsamen Interessen würden am besten verteidigt durch die Einheitsfront zwischen den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien. Jouhaux antwortete im Namen des Vorstandes der Gewerkschaftsinternationale, die für die Haltung der englischen Delegation keineswegs verantwortlich sei. Der Vorstand des IGB beabsichtige doch zunächst die Angelegenheit unter sich zu besprechen, ehe eine gemeinsame Beschlusfassung mit der Arbeiterinternationale erfolge. Im übrigen sei das heute unmöglich, da die erwartete englische Delegation nicht eingetroffen sei. Die Amsterdamer Internationale sei sich jedoch bereits jetzt durchaus klar über den Wert und Charakter einer angeblichen Einheitsfront, wie sie von den Bolschewisten propagiert wird. Im Anschluß an diese Erklärung wird die eigentliche Debatte über den Achtstundentag fortgesetzt.

Radtisch verhaftet.

Budapest, 5. Jan. (Mag. Kor.-B.) Nach einer heute mittag aus Zagreb eingetroffenen Meldung wurde der Führer der kroatischen Bauernpartei, Stefan Radtich, heute vormittag verhaftet. Radtich wurde im Hause seines Schwagers Kofusich in einem durch eine Doppelmauer abgegrenzten Räume aufgefunden, in dem sich auch ein geheimes Archiv befand.

Geldvermittler und Reichsinstitute

Manöver auf Kosten der Kommunen.

Von E. Kuffhäuser.

Seit Einführung der Rentenmark haben sich in der Sozialversicherung, besonders bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bedeutende Kapitalansammlungen vollzogen, so daß dieses Institut schon seit einigen Monaten den besonderen Anziehungspunkt kreditbedürftiger Stellen und Firmen bildet.

Ob die Verteilung der gewährten erheblichen Darlehen dem Charakter einer sozialen Anstalt gerecht wird, läßt sich erst beurteilen, wenn eine Uebersicht gegeben ist, welche Summen für Wohnungsbau, für Genossenschaften, Kommunen usw. ausgeteilt wurden und in welchem Umfang die Kredite den privaten Industriebetrieben zugesprochen sind. Immerhin muß schon heute bemängelt werden, daß die Kreditgewährung an Industrielle an keinerlei soziale Bedingungen geknüpft wird. Ob die mit den Beitragsgeldern von Angestellten sanierte Firma ihre Belegschaften entlassen oder behalten hat, ob sie ihre Betriebsräte maßregelt, ob sie durch Ueberstundenarbeit das Heer der Arbeitslosen vermehrt, und wie immer sonst die sozialen Verhältnisse liegen, ist belanglos. Die Kreditgewährung erfolgt ohne jede Mitwirkung und Anhörung der Betriebsvertretungen wie der Gewerkschaften. Diese Kredite zeugen auch von einer Großzügigkeit der Instanzen der RVA., wie man sie leider bei der Renten-gewährung und im sonstigen Verkehr mit den Versicher-ten der Anstalt ganz und gar nicht feststellen kann.

Diese völlige unzulängliche Regelung des Kreditverkehrs der RVA., die bisher dem Interesse des Reichsarbeitsministeriums entgegen zu sein scheint, hat offenbar die private Geldschieber ermutigt, sich als Aukzioneer der von den Versicherungen mühsam aufgebracht Gelder bei Darlehns-gewährungen der Angestelltenversicherung mit einzuschalten. So ist kürzlich einer Stadtverwaltung von einem jener profitablen Geldvermittler folgendes Angebot zugegangen:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Ich gestatte mir, Ihnen folgendes erg. zu unterbreiten. Ich habe sehr gute Beziehungen zu einem sehr feinen Reichs-institut, das seine überschüssigen Gelder mündelsicher anlegen will und bin in der Lage, erstklassige Hypotheken prompt und schnell zu vermitteln. Der Stadt Uckermünde habe ich kürzlich 300 000 Mark besorgt und Demmin bekommt in diesen Tagen 1/2 Millionen ausgezahlt.“

Da mit Vorkrieße Kommunen mit Waldbesitz zurzeit befallen werden, so frage ich erg. an, ob auch dort das Bedürfnis nach einer Hypothek vorliegt und ob Sie geneigt sind, mir Ihren geschätzten Auftrag zu erteilen.

Die Bedingungen sind äußerst günstige: 8 Proz. Zinsen per anno, 1 Proz. einmaliger Verwaltungslostenbeitrag sowie Auszahlung des Kapitals mit 94 bis 95 Proz. je nachdem wie der Verwendungszweck sein soll; Geld, welches für Benutzungszwecke bestimmt ist, zumal wenn ein größerer Teil der zu bauenden Wohnungen für Angestellte bestimmt ist, wird besonders günstig gegeben.

Es kommen also für das erste Jahr 15 Proz. in Frage, vom zweiten Jahre ab nur 8 Proz. Die Darlehen werden zurzeit 3 Jahre fest gegeben, Fortsdessig wird bis zu 33 Proz. befristet und werden in den einzelnen Fällen bis zu 1 Million gegeben, eventl. auch mehr.

Nach erfolgreichem Abschluß und nach Auszahlung der Hypothek sind 2 Proz. Vermittlungsgebühr an mich zu zahlen. Uebrigens welche Vorschüsse hieraus werden nicht gefordert, ebenso haben Sie keinerlei Unkosten zu zahlen an mich, wenn das Gesuch abgelehnt wird.

Sollten Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit sein, auch ein Darlehen zu obigen Bedingungen aufzunehmen, so bitte ich um Ihren geschätzten Auftrag. Ich verbürge mich für sicheren Erfolg, wenn Sie den Auftrag nach meiner Anweisung einreichen und die erforderlichen Unterlagen beibringen. Die ganze Sache geht in seriöser, vornehmer Weise vor sich. Als Referenz gebe vorläufig an: Bürgermeister Dr. Müller in Demmin und Bürgermeister Piewich in Uckermünde. Mit weiteren 6 Städten schweben Verhandlungen. Persönliche Wap-sprechen ist nicht erforderlich. Dower bis zur Auszahlung 3 bis 4 Wochen.

Ich stelle mich Ihnen mit Rat und Tat zur Verfügung und zeitliche hochachtungsvoll
gez. H. Mildebrath, Oberförster a. D.

Nach dem Briefkopf betreibt Mildebrath eine Auf-holzhandlung in Jagwid i. P. Also nicht genug, daß große Summen der Angestelltenversicherung rein privaten Firmen zugeführt werden, wird bei denjenigen Krediten, die wirklich gemeinnützigen Zwecken, nämlich den Stadt-verwaltungen zugute kommen sollen, ein unerhörter Gebührenwucher von Geldvermittlern betrieben. Eine Stadt, die auf solche Weise zum Beispiel von der Angestelltenversicherung eine Million entleiht, bezahlt an den Vermittler Mildebrath mindestens 20 000 M. Vermittlungs-gebühr! Die Gemeinden, denen Mittel fehlen, um ihre Arbeitslosen zu unterstützen, werfen hier Zehntausende von Mark den Bolschewisten der Volkswirtschaft in den Hals. Der Wohnungsbau, der mit Darlehen der Sozialversicherung gefördert und erleichtert werden soll, wird ohne jeden Zwang verteuert, um das Schieberrum zu bereichern.

Diese Zustände sind unerträglich. Das Präsidium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat dem IFA-Bund auf die Unterbreitung dieser Fälle ausdrücklich erklärt, daß bei der Hingabe von Darlehen an Gemeinden und zu

gemeinnützigen Zwecken jede private Vermittler-
stätigkeit ausgeschaltet ist und auch Rückbrath bei
der Reichsversicherungsanstalt nie als Vermittler aufgetreten
sei. Es wird aber gleichzeitig bestätigt, daß die von Milde-
brath genannten Städte tatsächlich von der Angestelltenver-
sicherung die erwähnten Kredite erhalten haben. Diese ein-
gehenden Kenntnisse des W. über die Einzelheiten des Geld-
verkehrs der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte müssen
bedenklich stimmen, und es wäre zu wünschen, daß die vom
Präsidenten der R.V.A. eingeleiteten Schritte eine reifliche Auf-
klärung bringen, welcher Art „die sehr guten Be-
ziehungen zu einem seriösen Reichsinstitut“
sind. Entweder hat irgendeine Stelle der Reichsversicherungs-
anstalt entgegen den Anweisungen ihres Präsidiums eine un-
zulässige Verbindung zum Herrn Oberförster Mildebrath ge-
habt oder Herr W. hat mit seinen Rundschreiben die Kom-
munen irreführt. In jedem Fall ist eine strenge Unter-
suchung am Platze, die im Interesse des Ansehens der Reichs-
versicherungsanstalt nicht von ihr selbst, sondern von einer
durch das Reichsarbeitsministerium zu berufenden Kom-
mission geführt werden müßte. Wenn die Öffentlichkeit
eine Beruhigung erfahren soll, dürften die Gewerkschaftsver-
bände wie die Vertretungen der Kommunen von der Teil-
nahme an dieser Untersuchung nicht ferngehalten werden.

Wenn einzelne Kommunen bisher statt des unmittelbaren
Verkehrs mit der Reichsversicherungsanstalt überhaupt der-
artige Vermittler zugelassen haben sollten, so wäre eine solche
Haltung nur aus der Tatsache heraus erklärlich, daß
direkte Anträge von der R.V.A. mit unglaublich bureaukra-
tisch gehaltenen Schreiben kurzerhand abgelehnt
wurden. Es wäre für den Deutschen Städtetag eine dankens-
werte Aufgabe, für die Erleichterung in der Kreditbeschaffung
der Gemeinden zentrale Einrichtungen zu treffen. Zunächst
gilt es, Sicherungen zu schaffen, um den hier berichteten
Geldvermittlungswucher mit dem Kapital der Sozialversiche-
rung ein für allemal zu unterbinden.

Die Krise der Staatsbank.

Greift die Regierung ein?

Die Sensationsnachrichten über den Fall Staatsbank-
Rutister und Staatsbank-Barmat haben sich ausgetobt, nach-
dem durch das Eingreifen des preussischen Ministeriums der
Wirtschaft privater und halbamtlicher Informationen unter-
bunden worden ist. Die ernsthafteste Wirtschaftskritik beginnt
sich mit den Zusammenhängen zu beschäftigen und arbeitet
scharf heraus, worum es sich handelt: um das Eindringen der
Seehandlung in einen Geschäftskreis, der nicht im Bereiche
der Wirksamkeit einer behördlich eingestellten Bankorgani-
sation des Staates liegen sollte, und um das völlige Versagen
der Organisation und Beamten der Seehandlung.

Die Kritik ist sich einig in dem Punkte, daß der bisherige
Zustand nicht haltbar ist. Die Mittel, die sie zur Abhilfe vor-
schlägt, sind einerseits feste Begrenzung des Geschäftskreises,
andererseits Verbesserung der Organisation. In einem Ar-
tikel der „Germania“ heißt es:

„Zusammenfassend ist zu sagen, daß zweifellos die Seehand-
lung im Laufe ihrer jahrhundertlangen Entwicklung eine Reihe von
ernsten Krisen durchgemacht hat, die zum Teil auf betrü-
gerische Manipulationen der Leiter, zum Teil auf falsche
geschäftliche Transaktionen zurückzuführen sind. Die
neuesten Vorgänge dürften jedoch Anlass geben, die Frage erneut
aufzuwerfen, ob nicht eine Reorganisation der Staats-
bank bzw. eine Reformierung der Statuten drin-
gend erforderlich ist. Nach der Rabinetsorder vom 17. Ja-
nuar 1820 in Verbindung mit der Rabinetsorder vom 14. Februar
1845 ist sie beauftragt, „alle kaufmännischen Geschäfte zu unternehmen“,
worauf auch industrielle Transaktionen zu verstehen sind. Der
Rahmen des Geschäftskreises dürfte für ein
Staatsbankinstitut viel zu weit gegriffen sein.
Eine gezielte Umgrenzung des Geschäftskreises, wie dies bei

Rotenbanken der Fall ist, ist notwendig. Dies um so
mehr, als das Aufsichtrecht des Staates und das Kontrollrecht des
Preussischen Landtags sich im allgemeinen nur auf den Etat der See-
handlung bezieht, also im wesentlichen nur auf die von vornherein
feststehenden Positionen hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ kommt am Schluß
eines Artikels, der die Ueberschrift: „Das Jena der
Staatsbank“ trägt, zu folgender Forderung:

„Wahrscheinlich gibt es nur zwei Möglichkeiten, nämlich daß
entweder die Staatsbank zurückkehrt zu ihrem ursprüng-
lichen Arbeitskreis, zu ihrer Tätigkeit als Geldausgleichs-
stelle innerhalb des gesamtpreussischen bzw. gesamtdeutschen Bank-
wesens, oder daß ihre Generaldirektion durchgeföhrt wird mit
Privatbankwesen und im Milieu der gewerblichen Praxis genau
bewanderten Personen. Beides sind widersprechende Mög-
lichkeiten, voll von Problemen, die noch besondere Behandlung er-
fordern müssen. Aber es ist sehr bedauerlich, daß erst ein Jena
über die Staatsbank hereindringen mußte, um das
zu zeigen. An der Erholung nach dem Jena im öffentlichen Bank-
wesen braucht man indessen auch hier nicht zu verzweifeln.“

Die preussische Regierung hat bisher die Öffentlichkeit im
unklären darüber gelassen, welche Schritte sie zu ergreifen ge-
denkt, und ob sie gegen das Direktorium disziplinarisch vorgeht.

Staatsbank und Spielschulden.

Das Montagblatt des „Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht folgende
interessante Zuschrift von Herrn Dr. R. a. Burckhard, dem Sohn
eines früheren Präsidenten der Seehandlung:

„Am Hinblick auf die aufsehenerregenden Vorgänge in der
Preussischen Staatsbank (Seehandlung) dürfte Sie vielleicht ein
Beispiel interessieren, wie vorsichtig und unbefugbar durch per-
sönliche Rücksichten die Seehandlung in den Vorkriegszeiten in der
Gewährung von Krediten verfahren ist. Als in den neunziger Jah-
ren der Prinz von Wales, der spätere König Eduard VII.,
in Berlin weilte, gewann er in einer Nacht im Spiel
von Prinzen Radziwill die Summe von zwei
Millionen Mark. Es galt innerhalb 24 Stunden den Betrag
aufzubringen. Da der Fürst Radziwill mit seinen großen Be-
sitzen für die Schuld seines Sohnes Garantie leistete, konnte die
Seehandlung unbedenklich auf Ersuchen die gewünschte
Summe als Darlehen geben. Von Kaiser Wilhelm II., der
für die Angelegenheit lebhaftestes persönliches Interesse nahm, wurde
die schnelle Erledigung dankbar anerkannt.“

Im Hinblick auf diese Kreditgewährung wendete sich kurze Zeit
darauf der Herzog Ernst Günther von Schleswig-
Holstein, der Bruder der Kaiserin, an seinen Schwager, den
Kaiser, mit der Bitte, auch für ihn die Gewährung eines größeren
Kredits bei der Seehandlung zu beschaffen. Der Herzog erschien
darauf bei meinem Vater, der damals Präsident der Preussischen
Seehandlung war, um im Auftrage des Kaisers einen größeren
Kredit für sich zu erwirken. Bei der darauf angeordneten Prüfung
der Vermögenslage des Herzogs stellte sich indessen heraus, daß der
Herzog in damaliger Zeit nicht die Sicherheiten bieten konnte, die
für die Kreditgewährung der Seehandlung erforderlich waren. Es
müßte ihm deshalb die Gewährung des Darlehens ver-
weigert werden, obwohl er, der Herzog von Schleswig-Hol-
stein, Besitzer der Herrschaft Brinkenau, Schwager des Kaisers und
Bruder der Kaiserin, in seiner Person doch wahrlich ganz andere
Garantien bot als die Herren Rutister, Barmat und Konforten.“

Zur Deduktion von Spielschulden war die Seehandlung im alten
Regime gut. Zwei Millionen verpielt, durch Kredit bei der See-
handlung gedeckt — wahrhaftig, eine ganz ehrenhafte und moralische
Angelegenheit.

Die Untersuchung gegen die Brüder Barmat.

BS. Am gestrigen Sonntag wurde auf Grund sicherer Fest-
stellungen das Verfahren gegen die Herren Thieme, Gehricke
und Scheffer eingestellt. Ferner wurde der Leiter der Rerfur-
Bank, Direktor Lichtenstein, nachdem er fast während der
ganzen Nacht bis zum Sonntag Morgen vernommen worden war,
von der Staatsanwaltschaft auf freien Fuß gesetzt, nachdem sich er-
geben hat, daß Direktor Lichtenstein nach keiner Richtung hin für
die Dinge verantwortlich gemacht werden kann, deren die Brüder
Barmat und Direktor Hellwig beschuldigt werden. Die Einstellung

des Verfahrens gegen Direktor Lichtenstein steht ebenfalls unmit-
telbar bevor. Weiterhin ist auch der im Sekretariat des Barmat-
Konzerns beschäftigte Herr Lemay aus der Haft entlassen worden.

Es ist damit zu rechnen, daß auch noch andere führende Be-
sonlichkeiten der Einzelunternehmungen des Riesenkonzerns sehr bald
wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da sich immer mehr ergibt,
daß die Leiter der Banken und der Industrieunternehmungen, die
dem Barmat-Konzern angegliedert waren, zum größten Teil nichts
mit den Kreditgeschäften zu tun hatten, die von den Bar-
mats, Ministerialdirektor Kay und Geheimrat Hellwig getätigt
wurden. Diese genannten Herren werden vorläufig weiter ver-
nommen und sind auch am gestrigen Sonntag vom Vernehmungs-
richter über zahlreiche Fragen ihrer Geschäftsverbindung mit der
Staatsbank gehört worden. Die Untersuchung erstreckt sich immer
mehr darauf, ob die zur Deduktion der Kredite hergegebenen Effekten
und Wechsel als vollwertig anerkannt werden können.

Neben diesen Freilassungen ist aber im Fall Barmat am
gestrigen Sonntag früh auch eine neue Festnahme, und zwar
die des Proturisten der Berlin-Burger Eisenwerke, Regierungsrat
a. D. Dr. Greulich erfolgt. Regierungsrat a. D. Dr. Greulich
ist nach eingehendem Verhör durch Staatsanwalt Dr. Kaufmann in
den späten Abendstunden des gestrigen Sonntags wieder auf
freien Fuß gesetzt worden. Seine Vernehmung erstreckte sich
insbesondere auf die Zwecke der von den Berlin-Burger Eisenwerken
mit der Unterschrift Dr. Greulichs an die Gebrüder Barmat ge-
gebenen Wechsel. Wie mir hören, steht die Einstellung des Verfahrens
gegen Dr. Greulich, der als einziger Beamter der Berlin-Burger
Eisenwerke festgenommen worden war, bevor.

Der Haftentlassungsantrag für die Gebrüder Barmat.

B. S. Wie mir von amtlicher Seite erfahren, ist seitens der Staats-
anwaltschaft über den von der Verteidigung der Gebrüder Barmat
gestellten Haftentlassungsantrag entgegen anders lautenden Nach-
richten bisher noch keine Entscheidung getroffen, während auf der
anderen Seite ein Haftbefehl ebenfalls noch nicht ergangen ist.

Eine Anfrage der Volkspartei.

Am Sonntag ist die folgende Große Anfrage der Deutschen
Volkspartei eingegangen: „Die Vorkommnisse bei der Preussischen
Staatsbank anlässlich der Geschäftsverbindung der Staatsbank mit
Hoffmann, Rutister, dem Barmat-Konzern usw. haben in der
Öffentlichkeit unliebsames Aufsehen erregt und zeigen anscheinend,
daß gegen die Organisation der Staatsbank sowohl als gegen die
Integrität einzelner Angehöriger ihres Beamten- und Angestellten-
körpers nicht mit Unrecht schwere Bedenken zu erheben sind. Wir
fragen an:

1. Ist die Staatsregierung bereit, über den Tatbestand der von
der Öffentlichkeit beanstandeten Geschäftsverbindungen Aufklärung
zu geben? 2. Ist die Staatsregierung bereit, über die Behauptung,
daß disziplinarisch und strafrechtlich zu ohnende Verfehlungen von
Beamten und Angestellten des Instituts begangen sind, Aufklärung
zu geben? 3. Ist die Staatsregierung bereit, über die anscheinend
vorhandenen Mängel in der Organisation des Instituts
und die von ihr zu deren Abstellung etwa vorgenommenen Maß-
nahmen Auskunft zu geben? 4. Ist die Staatsregierung bereit,
den vom Landtag beschlossenen Sachverständigenbeirat
der Generaldirektion schleunigst einzurichten?“

Doppelselbstmord.

Der 73jährige Bankier Leopold Friedländer, der frühere
Mitinhaber des Bankhauses Hoffmann und Friedländer, hat sich in
der vergangenen Nacht mit seiner Frau vergiftet. Herr Friedländer
war auch Direktor der Bremer Privatbank, die wegen des
Vorgehens gegen den Barmat-Konzern ihre Kassen zeitweilig
schließen mußte.

Es handelt sich um die Eltern des verhafteten Fritz Wolff,
nämlich Mutter und Stiefvater. Friedländer war Aufsichtsrat der
Roth-Altien-Gesellschaft. Damit im Zusammenhang stand, daß der
Sohn bei der Roth-Altien-Gesellschaft Proturist war. Aus dieser
Tatsache ergibt sich ohne weiteres das Motiv des Selbstmordes.

Ein ausländischer Patriot.

Von Hans Bauer.

Die Größe einer Idee leitet sich nicht von der Größe ihres Ver-
tänders her. In der Theorie ist es denkbar, daß ein gewaltiger Ge-
danke den Mund unbeträchtlicher Menschen findet oder daß er gar
offen auf seine eigene Blutrast angewiesen bleibt. Solche Ideen
haben dann Maßverloren. Sie haben nicht den Manager gefunden,
ihrem Ansehen vor Gott und in den philosophischen Werken ist nicht
geschadet, aber des Erfolges, der Durchschlagkraft, der Wirkungs-
intensität ermangeln sie. Die Leute begnügen sich nicht mit dem
unbearbeiteten Opal einer Idee als Naturkraft, sie wollen ihn im
geschliffenen Gefäß einer Menschenseele sehen. Es ist das Verhängnis
des Nationalismus in den westlichen Ländern, daß seine Verkünder
nur noch eine bedingte Glaubwürdigkeit finden. Das Kreuz ist ein
Argument. Jesus ist ohne den Folgethron kein Gott mehr. In
der Weltgeschichte ist die Idee nichts ohne das Einleben, das Leben
für sie, ohne die Ausgefülltheit mit ihr.

Bei uns gibt es so etwas nicht mehr. Stresemann beispielsweise
ist Autor eines Buches über den Fischenbierhandel, Sandkus,
Fraktionsvorsitzender, Außenminister. Wir können bei solch einem
nicht mehr an das zerpringende Herz, die Hingegebenheit glauben.
Wir sehen, wenn er von der nationalen Idee spricht, seine Verknüp-
fung mit den Industriekonzernen. Das nationale Wort klingt in
seinem Mund wie ein Fachausdruck. Es wird zur technischen Bezeich-
nung. Das soll bedeuten nicht heißen, daß Herr Stresemann ein
Heuchler sei, ein Gedankenfälscher. Es liegt nicht an ihm, es liegt
an der Atmosphäre aus Radiowellen, Zeitungsdeutsch, Generalver-
sammlungen, die bei keinem heutigentags mehr das Gefühl für
Glaubensgut, Opferung aufkommen läßt. Wir gucken untern Ver-
ständnis in die Augen. Wir leben, daß sie immerfort blinzeln.

Mahatma Gandhi, der Inder, ist eigentlich auch nichts anderes
als nur ein Verkünder der nationalen Idee. Er will sein Land von
der Engländerherrschaft befreien. Aber wie macht er das? Er
kloppt kein Säbel zwischen seinen Beinen, kein Cutaway löst seinen
Schneider. Für das illustrierte Blatt hat er schon gar nicht die Statur.
Er ist der „Kleine Bruder der Armen“, ein heiliger Franziskus von
Asien. Er läßt nicht von Anhängern, die er dann verknagelt, Feuer
legen. Er legt es selbst, aber nicht an englische Kasernen, sondern,
wie in Bombay, an einen Riesenhaufen aufgeschapelter Schmutz-
fächer und Kleider. Er verurteilt nicht in heimlicher Feme die
Feinde zum Tode: er wird zu sechs Jahren Kerker verurteilt, er ver-
urteilt, wieder in Freiheit, sich selbst in heiligem Eid zu einund-
zwanzigjährigen Fasten und hat den Schwur. Er ist nicht verbündet
mit den Provinzialräten, er ist es mit der Armut. Er ist über-
haupt ein ganz atmodischer Patriot. Kein elektrifizierter, der in
Speise- und Schlafwagen von Stadt zu Stadt fährt, im Auto von
Straße zu Straße, und dessen nationaler Stolz im Stimmungs-

bild der Börsenberichte erscheint. Er ist von der Wertmüchtheit eines
Nacius Schöna, der sich nicht nur oratorisch den Mund, sondern
physisch die Hand verbrannt durch seine streitbare Liebe. Ein inner-
licher Patriot, ein überfliegender, einer, der nicht von, der für die
Bewegung lebt, der sie nicht als Staffage meint, sondern als Himmel-
licht. In Westeuropa nähren sich die Patriototen à la carte und im
Inbühnenraum der Parlamente. Abends singen sie zum Brannwein
den Fredericus. Jener trinkt Biergemisch und ist fröhlich. Seine
Kleidung ist handgewebtes Tuch. Dem erteilischen Nachteil, den er
persönlich aus seiner Meinung hat, steht allenfalls die Tatsache gegen-
über, daß die Inder ihn mit einer Hingabe verehren, von der unsere
Patrioten uns überzeugen möchten, daß sie mit ihr verehrt werden
müßten.

Elisabeth von Henking †. Die Verfasserin der „Briefe, die ihn
nicht erreichten“, die eine außerordentlich hohe Auflage erlebten und
in viele Sprachen übersetzt wurden, Elisabeth von Henking, ist im
64. Lebensjahre in Berlin einem Schlagfluß erlegen. Die geborene
Gräfin Flemming, eine Entfeln der Bettina von Armin, war im
Gegensatz zu so vielen anderen schriftstellenden Damen von Adel
eine wirkliche Künstlerin, die nicht nur das aristokratische Wissen
beherrschte, sondern Seele und Psychologie hatte. Als Götting eines
Diplomaten hatte sie eindrucksvolle Jahre im Auslande, so in
Ägypten, Mexiko, Indien, verlebte. Der Erfolg ihrer Briefe, deren
Schauplatz Indien ist, regte sie zu dem Chinesenroman „Tschun“ an.
Ein Novellenband und der Roman „Alle mit“ sind alles, was sie
außerdem schrieb.

Neue Geschichten von Mark Twain. Mark Twain, der un-
geheuchelte Großmeister des Humors, tritt nach einmal in voller Le-
bendigkeit vor uns in den zwei Bänden seiner Autobiographie,
die vor kurzem aus seinem Nachlaß erschienen ist. Zahlreiche Ge-
schichten, die von dem ihm und nur ihm allein eigentümlichen
Humor zeugen, finden sich hier, und einige davon seien erzählt. So
kam er einstmals in eine Stadt, um dort eine Vorlesung zu halten,
und da ihn am Eingang des Gebäudes niemand begrüßte, ging er
hinein und wollte mit anderen Besuchern in den Saal treten. Der
Fussler hielt ihn an und sagte: „Bitte, Ihr Bisset.“ Mark Twain
beugte sich zu ihm und flüsterte: „Schon gut, ich bin der Vor-
tragende selbst.“ Der Zuschauer aber sah ihn prüfend an und sagte
dann ganz laut, daß die Umstehenden es hören konnten: „Nein,
das gibts nicht, dreie sind schon dagewesen und haben gesagt, sie
wären die Vortragenden. Die habe ich reingelassen. Aber ich habe
mir geschworen: der nächste Vortragende muß bezahlen.“ Als Kind
war der Dichter sehr kränklich und der Hausarzt Dr. Werdth rettete
ihm mehrmals das Leben; wozu Mark Twain bemerkt: „Aun,
er war ein guter Mann und meinte es gut. Also wollen wir ihm
das nicht weiter übernehmen.“ Auch seine Mutter hatte viel Mühe
mit dem schwächlichen und launischen Kind, und daß sie auch den
Humor ihres Sohnes verstand, beweist eine Unterredung mit ihrem
Sohne in ihrem 88. Jahr: „Du bist wohl oft sehr böse auf mich
gewesen?“ fragte er. „Ja, immer.“ „Du befürchtestest gewiß, ich
würde nicht mit dem Leben davonkommen?“ „Nein,“ erwiderte
sie, „ich fürchtete, Du würdest.“ Von seinem Freunde, dem Arzt

Dr. John Brown, erzählt der Humorist, daß er ihn manchmal auf
seinen Fahrten zu seinen Patienten begleitet habe. Wenn er aus-
steigt, um zu den Kranken hinaufzugehen, sagte der Arzt zu Mark
Twain: „Unterhalte dich recht gut; ich muß jetzt gehen und die
Bevölkerung verringern.“

Die neue Freie Bühne in Tokio. Seit dem 15. Juni vorigen
Jahres besitzt Tokio ein kleines schmales Theaterchen, das seinen
Spielplan nach dem Beispiel der Freien Bühnen in Deutschland,
Österreich, Rußland und England gestaltet. Das Theater führt
den Namen Kleines Theater von Tsutji. Es liegt im Mittelpunkt
der Stadt und kann 500 Zuschauer aufnehmen. Im Gegensatz zu
anderen Versuchsbühnen hat das Theater in Tokio eine große
Bühne, die 10 Meter breit in der Tiefe. In diesem kleinen, mit
aller Anmut der Architektur und der dekorativen Kunst des jama-
kensis ausgestatteten Theater spielt eine von drei Regisseuren be-
traute Gesellschaft. Die aufgeführten Werke sind den modernen
Spielplänen der europäischen und japanischen Theater entnommen.
Bei der Auswahl ist der Gesichtspunkt der Originalität der Form
und des Inhalts maßgebend. Es sind deshalb auch bereits Arbeiten
der vorgerücktesten Dramatiker der modernen Weltbühne auf-
geführt worden.

Riesentiere der Urzeit. Vor einigen Wochen entdeckte eine
amerikanische wissenschaftliche Expedition in der Mongolei Eier von
Dinosauriern, woraus herorging, daß diese antediluvianischen Tiere
keine lebendigen Jungen zu Welt brachten, sondern Eier legten.
Aus London kommt nunmehr die Nachricht, daß die von Professor
Cutter, dem Leiter des Britischen Museums, unternommene Ex-
pedition bei Lantagura in der Gegend des Tanganyka-Sees Stelette
von Dinosauriern und Gigantosauriern entdeckt hat, die nach den
Verfälschungen der Gelehrten viele Millionen Jahre alt sein sollen.
Professor Cutter sieht in dem Gigantosaurius das größte antedilu-
vianische Tier, das bis jetzt entdeckt worden ist. Es ist zweimal so
lang wie der Diplodocus, dessen Länge sich über 25 Meter belief.

In der Volksbühne hielt Heinrich George am 5. 19. 24 und
25. Januar den König Philipp in Schillers „Don Carlos“.

Museum für Meereskunde. Am großen Hofsaal des Museums, Georgen-
straße 34/36, ist am 6. d. M. 8 Uhr abends, Prof. Dr. Vatter aus
Heidelberg über: „Der Stoffaustausch des Meeres“ (mit
Lichtbildern). Eintrittskarten 50 Pf. — Am selben Tage findet um 1 Uhr
eine Führung „Das Leben in den Meeresriesen“ durch Prof. Krumbach
statt.

Modernisierung eines historischen Denkmals in Petersburg. Die Alexander-
Säule, die zur Erinnerung an den Krieg von 1812 errichtet wurde, soll
jezt den Zwecken des Lenin-Kults dienbar gemacht werden. Nicht
nur wird an die Stelle der auf der Säule stehenden Siegesgöttin eine
Statue Lenins gesetzt werden, sondern auch die Babelturm am Fuß der
Säule, welche Epochen des Krieges gegen Napoleon darstellten, sollen ver-
schanden und durch Bilder aus der russischen Revolutionsgeschichte
ersetzt werden.

Ein Stadion mit 110 000 Sitzplätzen. Ein amerikanischer Sportverband
beschäftigt die Errichtung eines Stadions für Leichtathletik mit 110 000 Sit-
zplätzen in Long Island City. Der Automobilpark in unmittelbarer Nähe
des Stadions soll 10 000 Wagen beherbergen können.

Heute Ueberreichung der Note.

Und mündliche Erläuterung Lord d'Albion.

Paris, 5. Januar. (W.B.) Die Honors aus Berlin berichtet, mit der Note über die Kölnener Zone heute mittag 1/2 Uhr dem Reichstag überreicht werden. Der englische Botschafter Lord d'Albion werde dabei eine festgelegte mündliche Erklärung abgeben. In der Mitteilung wird auch die Absicht kundgegeben, der deutschen Regierung eine neue Note zuzustellen, wenn der endgültige Bericht der Militärkontrollkommission vorliegt und nachdem dessen Schlussfolgerungen geprüft sein würden.

Die Ueberreichung ist, entsprechend dieser Ankündigung, erfolgt.

Das Amnestie-Theater.

Demonstrationen auf Kommando der Zentrale.

Der Ruffel, den Sinowjew den deutschen Kommunisten wegen ihrer „viel zu lauten“ Aktion bei der Eröffnung des letzten Reichstages erteilt hat, scheint gefessen zu haben. Diesmal soll die „Aktion“ augenscheinlich noch ganz anders ausgezogen werden. Der Klamauk im Reichstag soll unter Begleitung eines ebenbürtigen Klamauks außerhalb des Reichstages vor sich gehen. Da die Polizei erklärt hat, die Bannmeile um den Reichstag einhalten zu wollen, sammelten sich schon vom frühen Morgen an einzelne Grüppchen von Kommunisten im Tiergarten. Man sieht einzelne Frauen mit roten Fahnen in der Tasche und mit den Fahnenstangen in der Hand, um sie im entsprechenden Augenblick zu entrollen.

Die Kommunisten wissen freilich sehr gut, daß ihr Aufzug auf niemanden mehr Eindruck macht, und sie täten besser, wenn sie an Stelle wirkungsloser Demonstrationen sachgemäße Behandlung sachgemäßer Anträge im Reichstag erstreben und dadurch für die Amnestie ihrer Opfer sorgen würden. Vorläufig haben sie durch ihr Betragen eine erfolgreiche Erledigung von Amnestieanträgen nur verhindert. Allem Anschein nach beabsichtigen sie, dasselbe Spiel mit den gefangenen Arbeitern noch weiter zu treiben.

Am Sonntag veranstalteten die Kommunisten auf dem Bülowplatz eine Kundgebung für die Amnestie der politischen Gefangenen. Die Veranstaltung verlief völlig ruhig. Auch der An- und Abmarsch der Demonstranten, die in Zahl von einigen Tausend erschienen waren, führte nicht zu Störungen. Sauber, Mißsam und Viel hielten Ansprachen. Selbstredend gegen die Sozialdemokratie!

Gegen das Magdeburger Urteil.

Sympathiekundgebungen an den Reichspräsidenten.

Amlich wird gemeldet: Dem Reichspräsidenten gehen aus Anlaß des Urteils des Magdeburger Schöffengerichts noch ständig Zuschriften und Kundgebungen von öffentlichen Körperschaften, Verbänden und Vereinen, führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik sowie von Privaten zu, die sich der Erklärung der Reichsregierung anschließen und gegen die schöffengerichtliche Urteilsbegründung Stellung nehmen. So schreibt der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Franz von Wendelssohn:

Ihr ganzes persönliches Verhalten während der Kriegsjahre und in der Nachkriegszeit wird jeden sachlich Urteilenden zu der Ueberzeugung bringen, daß dasselbe nur getragen sein konnte von Liebe und Hingabe zu unserem Volk und Vaterlande.

Geheimer Justizrat Heintz, einer der angesehensten deutschen Anwälte, erklärt, daß er dem Urteil des Magdeburger Gerichts und seiner verfehlten Begründung nicht nur verständnislos, sondern tief beschämt gegenüberstehe. In ähnlichem Sinne haben sich zahlreiche Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte in Zuschriften an den Reichspräsidenten ausgesprochen.

Professor Lujo Brentano schrieb: „Das Magdeburger Urteil hat mich gleich Hunderttausenden rechtlich Denkender mit Enttäuschung und tiefem Schmerz über die Verblendung vieler Deutscher erfüllt.“

In ähnlicher Weise äußern sich auch andere Vertreter des geistigen Deutschlands, so die Berliner Professoren Schumacher und Jastrow, der Kieler Professor Lönies und Professor Mag. v. Schillings. Sympathiekundgebungen haben dem Reichspräsidenten ferner zugesandt die Berliner Industrie- und Handelskammer, die Handelshochschule in Berlin, der Hilfsbund für die Elb-Lotharinger im Reich, die Lessinghochschule, die Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger, der Vorstand der Demokratischen Partei und zahlreiche Ortsgruppen der Demokratischen und Sozialdemokratischen Partei, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Republikanischen Beamtenbundes, ferner der Republikanische Lehrerbund, der Bund deutscher Radfahrer und andere mehr.

Zu Eduard Bernsteins 75. Geburtstag.

Eine Fete der Arbeiterjugend.

Aus Anlaß des 75. Geburtstages des Genossen Eduard Bernstein veranstaltete der Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin gestern eine Morgenfeier. Am schönen Bürgeraal des neuen Rathauses in Schöneberg waren um 10 Uhr vormittags etwa 800 Frauen und Mädchen versammelt und in ihrer Mitte, an wohlgebedient, blumengeschmücktem Tisch saß der, dem die Feier galt: unser Genosse Bernstein.

Die Jugend erschien auf der Bühne und in harmonischer Folge boten ihr Jugendchor, ihre Regitoren und ihr junger Sprecher ihre Gaben. Viel Freude erweckte eine junge Genossin, die am Flügel einige gut gewählte Musikstücke darbot. Aus den Worten des jungen Redners rang es heraus, daß die sozialistische Jugend sich bewußt ist, ein Teil der großen, weiterverbreitenden sozialistischen Bewegung zu sein, und daß sie zu den alten Führern, die dieser Bewegung als Pioniere vorangegangen sind, in Hochachtung und herzlichster Freundschaft aufschaut. Dem Genossen Bernstein, der am 6. Januar sein 75. Lebensjahr vollende, schloß die sozialistische Arbeiterjugend aber besonders eng verbunden, ist er es doch gewesen, der der Bewegung der Arbeiterjugend in ihren allerersten Anfängen hilfreich zur Seite gestanden hat. Mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf den Genossen Bernstein schloß der Redner seine von innerer Anteilnahme getragenen Ausführungen. Eine Junggenossin überreichte dem Gefeierten die vom Gen. Korn verfaßte Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung, wobei sie erklärte, daß die Berliner Arbeiterjugend und Mädchen sich mit Stolz als Mitstreiter in der großen sozialistischen Bewegung der Welt fühlen, und daß sie dem sozialistischen Ideal mit der gleichen Treue und Opferbereitschaft dienen wollen, wie es Genosse Bernstein getan hat. Mit bewegten Worten dankte Genosse Bernstein der Jugend für ihre Freundschaft. Er rief sie auf, im Kampf für den Sozialismus niemals müde zu werden. Wenn die Geschichte berichtet, daß der junge Weggefährte von Majedonien seinerzeit flüchtig ausgerufen habe, sein Vater solle ihm zu erobern nichts mehr nach, so brauche die junge Arbeiterjugend solche Klage nicht zu erheben, sie habe noch unendlich viel zu erringen. Weiter Beifall der Jugend dankte Bernstein und dann schloß die Fete mit den fröhlichen Klängen des Jugendliedes: „Wann wir schreiten Seit an Seit.“

Vor dem Rathause bildete die Jugend einen Zug, nahm den Genossen Bernstein in ihre Mitte und gab ihm mit Gesang das Geleit bis zu seiner Wohnung.

Das Unwetter über Nordeuropa.

Hochwasser im Rhein- und Ruhrgebiet, Belgien und Nordfrankreich.

Die Periode der Stürme und Wolkenbrüche erstreckt sich zurzeit, begleitet von einer abnorm gestiegenen Temperatur, über das ganze nördliche Europa. Teilweise sind in allen Ländern schwere Schäden zu verzeichnen. Wir registrierten die folgenden telegraphischen Meldungen:

Köln, 4. Januar. (W.B.) Die Strecke Overath—Engelskirchen ist durch Ueberschwemmung der Räder seit gestern nachmittag 5 1/2 Uhr unfahrbar. Das Ende der Störung ist noch nicht abzusehen. Der Personenverkehr wird vorläufig durch Pendelzüge, auf der gesperrten Strecke selbst durch Autos aufrecht erhalten. — Auch die Strecke Engelskirchen—Ründeroth ist seit 8 Uhr abends gesperrt.

Essen, 4. Januar. (W.B.) Die anhaltend starken Regenfälle der letzten Tage haben auf der Ruhr Hochwasser hervorgerufen, wie seit vielen Jahren nicht. In Duisburg zeigte der Pegel gestern morgen einen Stand von 0,55, heute morgen von 1,60 und heute nachmittag 1/2 Uhr 2,20 bei weiter steigendem Wasser. Von den Beobachtungsstationen oberhalb der Ruhr wird allerdings eine Abnahme der Flut gemeldet. Die Niederungsgebiete an der Ruhr sind weit überschwemmt. Viele Straßen stehen unter Wasser, die Verbindungen sind gestört. In Mülheim an der Ruhr zeigte der Pegel Sonntag nachmittag einen Stand von 4,20 Metern. Gegen Abend wurde ein Stillstand der Flut beobachtet. Es stehen eine Reihe von Straßen unter Wasser. Wenn das Wasser in Hattinagen noch einen halben Meter steigt, wird die Verbindungsstraße mit Bochum unterbrochen werden. Auch müßte dann die Turbinenanlage des Wasserwerkes außer Betrieb gesetzt werden. Die Bewohner vieler Häuser mußten sich in die oberen Stockwerke flüchten. Der Betrieb der Seche „Bibralt“ bei Herbede ist durch das Hochwasser unterbrochen. Das Wasser füllte die Stollen (die Seche hat einen sogenannten Stollenbetrieb ohne Schachanlage). Aus Witten wird gemeldet, daß das Wasser seit heute morgen steht und voraussichtlich wieder zurückgehen wird. Die Ueberschwemmungen sind auch dort sehr stark. Sämtliche Ruhrwiesen und die in den Niederungsgebieten stehenden Wohnhäuser sind unter Wasser gesetzt. Die Harbeder Ruhrbrücke, die die Verbindung zwischen Witten und Harbede herstellt auf der Straße Witten—Harbede—Blankenstein—Hattinagen, ist unter Wasser gesetzt. Der auf einer Ruhrinsel befindliche Turbinenneubau ist sehr geschädigt. Die Betonmaschine steht unter Wasser, und ein großer Stapel von Gerüstholz ist teilweise abgeschwemmt worden. Auch aus dem Wuppertal wird starkes Hochwasser gemeldet. In der Umgegend von Wipperfürth und weiteren kleinen Gemeinden ist der Verkehr unterbrochen. Gleiche Meldungen treffen aus Solingen ein. Die Temperatur ist dauernd außergewöhnlich mild und betrug heute zehn Grad Wärme.

Düsseldorf, 4. Januar. (W.B.) Infolge der starken Regenfälle der letzten Tage führt die Düffel Hochwasser, das über die Ufer des südlichen Düffelarmes trat und die Keller der anliegenden Grundstücke überschwemmte. Wie aus Eberfeld gemeldet wird, ist das Hochwasser der Wupper im langsamen Fallen begriffen. Auch aus Solingen und Burg, wo die Ueberschwemmung der Wupper größeren Schaden angerichtet hat und das Wasser in den Straßen 50 Zentimeter hoch stand, ist die Ueberschwemmung im Rückgang begriffen.

Siegen, 4. Januar. (W.B.) Der seit Weihnachten unaufhaltsam herniederströmende Regen führte auch in Siegen und Umgegend zu Hochwasser. Die Aiche, ein Bach von geringer Tiefe, ist stellenweise zu einem breiten Fluß angewachsen. Landstößen und Wege sind bis in die Stadt hinein überschwemmt. Aus den benachbarten Ortschaften kommen ebenfalls Hochwasser-meldungen. Die Untersechse mehrerer Häuser mußten von den Bewohnern geräumt werden.

Hamburg, 5. Januar. (W.B.) Der Sturm steigerte sich in den heutigen Vormittagsstunden zu großer Heftigkeit. Bei der Polizei und den Feuerwachen sind eine Reihe von Meldungen über Sturmschäden verschiedenster Art eingelassen. So sind an

vielen Stellen der Stadt Schornsteinbrände ausgebrochen, von einem Hause an der Verbindungsbahn wurde ein Dach abgedeckt. In Ullrichstraße wurden ebenfalls an zwei Gebäuden teilweise Ziegel und Wellbleche losgerissen und herabgeschleudert. Personen wurden nirgends verletzt. Aus Cuxhaven wird in den Abendstunden ein Wasserstand von 6 1/2 Meter über normal gemeldet. In kurzen Zwischenräumen hollen die Hochwasserwarnungsschiffe der Batterie am Stintfang über Stadt und Hafen. Der Südweststurm erreichte abends eine Stärke von 8 bis 9 Sekundenmetern. Im Hafen sind eine große Anzahl von Schleppe, Dampfern losgerissen worden und sind ins Treiben gekommen, jedoch konnten bisher alle geborgen werden. Auch auf der Nordsee herrscht ein schwerer Sturm.

Königsberg, 5. Januar. In der vergangenen Nacht ging über Königsberg ein orkanartiger Südweststurm hinweg, der durch das Herabreißen von Dachrinnen, Firmenschildern und Häuserverputz vielfachen Schaden angerichtet hat. Auf dem Steindamm wurde eine 24jährige Hausangestellte durch ein herabstürzendes Gefirnstück getötet.

Hamburg, 5. Januar. Bei schwerem Südweststurm erreichte das Wasser der Elbe gestern abend mit 13 Fuß seinen höchsten Stand. Die Sturmgefahr scheint noch nicht vorüber, die Seewarte hat das Südweststurmwarnungssignal noch nicht eingezogen. — Bei Blaawand an der dänischen Küste ist der englische Dampfer Stibsa gestrandet; ein englischer Schlepper leistete ihm Hilfe. Beim Elbeseuchschiff I verlor der norwegische Tankdampfer Le Havre Anker und Kette; er wurde durch den Hamburger Bergungsdampfer Goewer nach Cuxhaven eingebracht. Der deutsche Dampfer Horst ist mit Anarrie aus See zurückgeführt. Beim Elbeseuchschiff III ist der deutsche Dampfer Faust mit dem Dampfer Trier zusammengestoßen und mußte nach Hamburg zurückgehen. In Kopenhagen riß sich der amerikanische Dampfer Pilsburg los und mußte mit Hilfe von fünf Schleppern wieder festgemacht werden. Große Besorgnis herrscht wegen des Schicksals des Fischdampfers „Hecht“.

Paris, 5. Januar. (Eca.) Die Ueberschwemmungen und der Sturm über Nordfrankreich dauerten gestern bis zum Abend unverändert an. Die Ueberschwemmungen haben besonders in der Bretagne ungeheuren Schaden angerichtet. Seit Menschengedenken, so wird aus Brest gemeldet, hat der Fluß Eldorn niemals einen solchen hohen Wasserstand gehabt wie jetzt. In der Gegend von Lanerneau ist das Gelände kilometerweise überschwemmt. Auf sämtlichen dortigen Gutshöfen steht das Wasser fast zwei Meter hoch. In zahlreichen Ortschaften mußten ganze Straßen geräumt werden. In zahlreichen Fabriken mußte die Arbeit eingestellt werden, insbesondere in den Werken von Quer-les-Quin, wo gerade eine große Elektrizitätszentrale für die gesamte mittlere Bretagne gebaut wird. Aus der Normandie laufen ähnliche Meldungen ein. In Saint Jo mußten zwei Straßen geräumt werden. Das städtische Hospital ist überschwemmt, das Goswerk mußte ausfallen, ebenso Papierfabriken und andere Industrieunternehmungen. Die Stadt Caen ist vollkommen von Wasser umgeben. Das Steigen der Flüsse dauert an. In Contances steht ein ganzes Stadtviertel unter Wasser. Auch der Norden Frankreichs ist stark heimgesucht. In der Gegend von Bethune ist ein Deich gebrochen und die ganze Ortschaft unter Wasser. Hunderte von Personen sind obdachlos. Mehrere polnische Arbeiterkinder sind ertrunken. Wie gemeldet wird, ist das Schauspiel geradezu tragisch. Alle Wege sind unbenutzbar. Aus den Ardennen werden ebenfalls starke Schäden gemeldet.

Brüssel, 5. Januar. (W.B.) In Belgien hat das Unwetter weite Gebietsteile verheert. Das Waas-Tal steht zum großen Teil unter Wasser, das auch in die Vorstädte von Lüttich eingedrungen ist. Im Hennegau mußte ein Nonnenkloster geräumt werden. Auf der Strecke Charleroi—Namur wurde ein Pfeiler einer Eisenbahnbrücke gestern umgestürzt. Vier Menschenleben sind zu beklagen.

Die Verfolgung Sprit-Webers.

Zwei Verhaftungen.

Die Verhaftung des Generaldirektors Hermann Weber, des großen Spritknebers, wurde gestern abend in später Stunde gemeldet und heute wurde diese Nachricht in den Morgenblättern wiedergegeben. Jetzt ist festgestellt, daß der Verhaftete nicht Hermann Weber, sondern sein Bruder Heinrich ist, der von der Kriminalpolizei ebenfalls gesucht wurde. Hermann Weber, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt ist, wird noch gesucht. Mit seinem Bruder Heinrich wurde noch ein gewisser Benz festgenommen, der ebenfalls in die Sache verwickelt ist.

Hermann Weber hatte auf Antrag seines Verteidigers die Erlaubnis erhalten, in seinem Betriebe in der Gneissaustraße unter Aufsicht von zwei Gefängnisbeamten zu arbeiten. Er wurde jedesmal mit einem 100-PS-Benzwagen vom Untersuchungsgefängnis abgeholt. Am dritten Tage, am 20. Dezember, bemog er die Beamten, mit ihm seine Villa in Schlachtensee aufzusuchen, weil seine Frau ihrer Entbindung entgegenschau. Von dort verschwand er. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der Führer des Benzwagens kein Bruder Adolf gewesen war. Dieser hatte ihn zur Flucht verholfen und wurde einige Tage später festgenommen, als er von einem Bekannten 6000 M. zu leihen versuchte. Adolf Weber verhalf auch seinem Bruder Heinrich, der schließlich gesucht wurde, mit einem 100-PS-Benzwagen zur Flucht. Die Kriminalpolizei traf sofort alle Maßregeln zur Verfolgung. Sie fand die erste Spur in Bukau und verfolgte sie weiter nach Görlitz und nach der tschechoslowakischen Grenze zu. Oberinspektor Borwerk ermittelte, daß zwei der Verfolgten zwischen Glatz und Kudowa über die Grenze gekommen waren, als Touristen, die anscheinend Winterport treiben wollten. In dem Orte Prohlitz in der Nähe von Spindelmühle ermittelte er die beiden in einem Gasthofs, wo sie unter falschem Namen abgestiegen waren. Er erkannte in ihnen Heinrich Weber und Benz, nahm beide in Vereinbarung mit der tschechoslowakischen Behörde fest und brachte sie nach dem Gerichtsgefängnis in Hohenelbe, wo sie bleiben werden, bis der Auslieferungsantrag genehmigt ist. Wo sich Hermann Weber aufhält, ist noch unbekannt.

Der Schlüssel zum „Grünen Wagen“.

Vor dem Hause Charlottenburg, Spandauer Straße 12, hielt heute vormittag 11 Uhr der Gefangenewagen des Polizeipräsidiums. Da sich in dem gleichen Hause eine Polizeiwache nicht befindet, mußte man annehmen, daß sich hier eine ganz besonders schwierige Verhaftung abspielen würde. Infolgedessen war dieses Haus von Hunderten von Menschen umlagert. Nach einiger Zeit kam aus dem Hause ein Kriminalbeamter und ein Schupomann, die ein junges blaues Mädchen herausführten, bis an den Wagen. Das Mädchen weigerte sich, den Wagen zu betreten, und sagte, sie habe doch nichts verbrochen. Der Beamte, der nunmehr den Wagen aufschließen wollte, um die Arrestanten hineinzubefördern, mußte feststellen, daß der Schlüssel zu dem Wagen nicht pafte, so daß der Wagen also nicht gestohlen werden konnte. Darauf selbstverständlich unter den Umstehenden allgemeiner Hohn und ungeheurer Gelächter. Das junge Mädchen wurde nunmehr in Begleitung der beiden Beamten nach dem zuständigen Polizeirevier gebracht.

Man muß doch die Frage stellen, ob es dieses Aufwandes bedürfte und ob man nicht gleich dazu schreiten konnte, das Mädchen in unauffälliger Weise zur Polizeiwache zu bringen.

Die Veruntreuungen auf Postamt 9.

Die Schuldigen verhaftet.

Der Oberpostsekretär Berthold Fischer vom Postamt B. 9 Klischee, wie mitgeteilt, am Sonnabend früh, nachdem durch eine Revision Fälschungen in Büchern und Quittungen in Höhe von 250 000 M. festgestellt worden waren. Fischer wußte, daß durch die Revision seine Veruntreuungen aufgedeckt werden mußten. Er hinterließ deshalb bei einem Bekannten ein Testament, und man glaubte zuerst, daß er sich das Leben nehmen würde. Die Kriminalpolizei und die Ueberwachungsabteilung der Oberpostdirektion setzten sofort mit allen notwendigen Maßregeln ein. Alle Bahnhöfe wurden überwacht und ebenfalls die Wohnungen der Angehörigen Fischers. Gegen 6 1/2 Uhr erklärte man ihn auch in der Nähe der Wohnung eines Verwandten in Dablen. Fischer fühlte sich aber verfolgt und flüchtete. Die Kriminalbeamten eilten hinter ihm her, und als der Flüchtige keinen Ausweg mehr sah, stellte er sich den Beamten selbst. Durch die eingehende Untersuchung beim Postamt 9 ist weiter festgestellt worden, daß die Oberpostsekretäre Schmidt, Drageler und Barfknecht an der Unterschlagung beteiligt sind, bzw. daß sie seit Monaten von den Unterschlagungen gewußt haben und zu der Verflechtung durch Fälschung der Bücher beigetragen haben. Die Genannten sind ebenfalls verhaftet worden. Wenn Fischer auch das Geld auf den Kennbahnen verwehrt haben will, so dürfte die Oberpostdirektion durch Maßnahmen auf die Veruntreuten Geldes Deckung zu erlangen. Durch rüchichtsloses Durchgreifen ist die ganze Unterschlagung in verhältnismäßig kurzer Zeit aufgekärt worden.

Anita Berber wieder einmal verhaftet.

Die Tänzerin Anita Berber, die durch eigenartige Affären bereits vor einiger Zeit in Wien von sich reden machte und nun dort ausgewiesen wurde, hat das Gebiet ihrer ebenso gefälligen wie sensationellen Tätigkeit auch auf Berlin ausgedehnt. Sie trat seit einiger Zeit im Kabarett „Rampa“ auf und erregte auch hier durch eine Ständelauffäre mit ihrem Tanzpartner erhebliches Aufsehen. Von einer Automobillfirma, der sie große Beträge schuldet, sollte sie zur Leistung des Offenbarungseides herangezogen werden. Sie war jedoch nicht zum Termin erschienen und wurde gestern beim Verlassen des Kabarets nach heftigen Widerstreben verhaftet. Sie soll jetzt zwangsweise zur Leistung des Offenbarungseides dem Gericht zugeführt werden.

Schnee in Mesopotamien. In der Hauptstadt Mesopotamiens, Bagdad, hat sich ein äußerst kaltes Vorkommnis abgespielt: das Thermometer ist unter den Nullpunkt gefallen, und seit 14 Jahren ist zum ersten Male Schneefall eingetreten.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Stufenungen für diese Rubrik sind Berlin S. W. 68, Lindenstraße 1. Bitte an das Sozialsekretariat, 7. Hof, 2 Trepp. rechts, zu richten.

11. Kreis Schöneberg. Die Zeitungs-Kommissionsprüfung am Dienstag, 6. Januar, fällt wegen der Eduard-Bernstein-Fete aus und wird auf acht Tage, Dienstag, 13. Januar, verschoben.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistischer Zuwachs.

Die Kommunistische Partei ist eifrig bemüht, den Beschluß des Zentralausschusses durchzuführen, wonach bis zum 1. Dezember jeder kommunistische Parteifunktionär und bis zum 1. Februar 1925 jedes kommunistische Parteimitglied freigewerkschaftlich organisiert sein muß. Es mag dahingestellt sein, ob die Zahl der bisher noch nicht oder nicht mehr gewerkschaftlich organisierten, organisationsfähigen Mitglieder der Kommunistischen Partei mehr oder minder bedeutsam ist. Sicherlich ist sie bei weitem nicht so groß, als die Zahl derjenigen Gewerkschaftsmitglieder, die infolge jahrelanger systematischer Quertreiberei der Kommunisten gegen die Gewerkschaften, aus ihrer Organisation vertrieben wurden. Die kommunistischen Sonderorganisationen der Bauarbeiter, Bekleidungsarbeiter und Unionisten bleiben jedenfalls einflusslos nach bestehen. Immerhin, die Gewerkschaften müssen an sich gegenwärtig jeden Zuwachs begrüßen, der bereit ist, mit ihnen an gleichen Strang zu ziehen. Gibt es doch mehr denn je, den letzten Mann, die letzte Frau der Gewerkschaft einzureihen, die Reihen zu schließen.

Allein die ganze Einstellung der K.P.D. gegen die Gewerkschaften macht ihren Einfluß freilich höchst verdächtig. Es handelt sich für sie keineswegs darum, den Gewerkschaften zu dienen, als vielmehr darum,

der kommunistischen Partei zu nützen.

Nicht aus gewerkschaftlichem Interesse, sondern aus ihrem politischen Parteinteresse zwingt die K.P.D. ihre Parteimitglieder, den Gewerkschaften wieder beizutreten, mit der Verpflichtung, unbekümmert um die Satzungen, Beschlüsse und Aufträge der Gewerkschaften und ihre durch die Erfahrung, Sachkenntnis und Verhältnisse bedingte Politik, sich in den Gewerkschaften im Sinne der K.P.D. und nach deren bestimmten Anweisungen zu betätigen.

Jeder Kommunist muß aktiver Gewerkschaftsfunktionär sein. Er muß sich nicht nur zu jedem Funktionärposten, wie Vertrauensmann im Betrieb Mitglied der Branchenkommissionen, Ortsverwaltung und Bezirksleitungen zur Verfügung stellen, nein, er muß um diese Funktionen kämpfen. Er muß sowohl bei Lohnkämpfen wie bei Umgestaltung des Verbandes in vorderster Front stehen.

Eine wirklich erfolgreiche Arbeit in diesem Sinne ist nur möglich durch eine intensive Fraktionsarbeit. Kein Betrieb, keine Ortsgruppe, keine Branche ohne eine gut ausgebaute und gut arbeitende kommunistische Fraktion.

Das heißt, kommunistische Sonderorganisationen innerhalb der Gewerkschaften. Damit können wir zur „Einheitsfront“ der Gewerkschaften, wie sie die K.P.D.-Zentrale propagiert. Auch wer von Organisation nur einen schwachen Begriff hat, weiß — zumal nach den Erfahrungen der Nachkriegsjahre —, daß solche Sonderorganisationen auf die Geschlossenheit der Gewerkschaften wie Sprengpulver wirken. Die kommunistischen Parteimitglieder, die auf Parteibefehl den Gewerkschaften beitreten müssen, um die „Parteiaktion“ durchzuführen, haben vor allem auf die

Ausmerzungen des Reformismus

hinzuwirken.

Der vielgeschmähte sozialistische Reformismus bildet nun aber einmal die Grundlage der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind reformistisch oder sie sind nicht. Ihr zielbewusster Reformismus ist dem Unternehmerumstürzer als alle kommunistischen Phrasen und Parolen. Gewiß, wenn die Gewerkschaften den Plänen der K.P.D.-Zentrale keinen Widerstand entgegensetzen, sich von der kommunistischen Partei „erobert“ und für die Zwecke dieser Partei mißbrauchen lassen, dann ist es mit dem Reformismus der Gewerkschaften vorbei. Die Gewerkschaften sind dann samt ihrem Reformismus „ausgemergelt“ und

nur noch Zweigstelle der K.P.D.,

die sie „zu einem wirklich revolutionären Machtorgan der Arbeiterklasse“ machen will, das heißt — aus dem kommunistischen Agitationspropagandadeutsch übertragen — zu Stoßtrupp der kommunistischen Partei.

Wenn mit Gewalttaten, durch Infiltrationen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung über Nacht aus den Angeln zu heben und ohne weiteres durch eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu ersetzen wäre, dann wäre es freilich leicht, sich mit Reformen innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung aufzuhaken. Es ist jedoch eine grobe Täuschung und eine bewußte Irreführung der Arbeitnehmerschaft, ihr vorzumachen, sie bedürfe keiner Aufklärung, Schulung und Disziplinierung, es ginge ohne Erkenntnis, ohne Wissen, ohne jähres beharrliches Fortwärtsschreiten um Schritt, ohne allmähliches Heranziehen der Verhältnisse und der Menschen, es genüge die Entschlossenheit zur Diktatur, der Mut der Verzichtleistung, die Kühnheit, räuberromantische Verwegenheit und dazu etwas Pflichtigkeit und Verschlagenheit, um den Gegner zu überdöseln,

der Entwicklung der Dinge vorzugreifen, die gesellschaftliche Entwicklung gewissermaßen zu überlisten.

Der umfangreiche Aufklärungsunterricht, den uns die Bolschewisten in Russland wie in Deutschland erteilt haben, bewahrt uns bevor, in unserer Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen und in unserer Ungebuld auf ihre Umgestaltung, den Weltrevolutionen Plänen von Wirtsköpfen und Desperados zu verfallen.

Die deutschen Gewerkschaften insbesondere wissen, woran sie mit der K.P.D. sind, die ihnen gerade genug geschödel hat, als daß sie sie noch weiterhin zu schädigen brauchte. Schließlich wird sich aber auch das kommunistische Treiben als ein Teil jener Kraft erweisen, die — die „Weltrevolution“ will und den „Reformismus“ schafft. Der von der kommunistischen Partei befohlene Eintritt ihrer Mitglieder in die Gewerkschaften wird die Gewerkschaften anspornen, durch unermüdete Heranziehung der Unorganisierten, wie durch nachträgliche Aufklärungsarbeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern, der kommunistischen Parteilaktion in den Gewerkschaften ein Gegengewicht zu bieten. Im übrigen aber werden alle Parolen der K.P.D.-Zentrale die Gewerkschaften nicht hindern, sich an ihre Satzungen zu halten, nach ihren eigenen Gesetzen zu verfahren und ihre ganze Kraft in den Dienst des Reformismus zu stellen, das heißt, für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder sorgen, für die Durchsetzung des Achtstundentages wie für die fortschrittliche Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung.

Metallarbeiter-Internationale und Achtstundentag.

Internationale Metallkonferenz.

Paris, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Zentralausschuh der Metallarbeiterinternationale ist am Sonntag in Paris zu einer Sitzung zusammengetreten. Im Vordergrund der Erörterung stand eine Aussprache über die Durchführung des Achtstundentages in der Metallindustrie der verschiedenen Länder. Von deutscher Seite lag ein Antrag vor auf Einberufung einer internationalen Konferenz, die sich speziell mit den Arbeitsbedingungen in der Schwerindustrie (Hütten- und Walzwerke) beschäftigen soll. Die deutschen Delegierten Dismann und Reichel gaben in der Begründung dieses Antrages eine Schilderung der Verhältnisse in Deutschland. Die deutschen Gewerkschaften hätten die durch die Inflation verursachte schwere finanzielle Krise nahezu überstanden und seien im Begriff, das während dieser Krise verlorene Gelände zurückzugewinnen. Die Hauptfrage der deutschen Gewerkschaften sei gegenwärtig, die Regierung und das Unternehmertum zu zwingen, den Achtstundentag wieder herzustellen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften sei vor allem auf die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gerichtet. Dabei müsse allerdings bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Mißerfolges der parlamentarischen Aktion gerechnet werden. Die Gewerkschaften schlossen deshalb die Möglichkeit einer groß angelegten direkten Aktion nicht von vornherein aus, zumal da man sich in Deutschland im vollen Umfange von den Gefahren Rechenschaft gebe, die die Verletzung des Achtstundentages in Deutschland für die Arbeiter der anderen Länder habe. Der deutsche Antrag wurde einstimmig angenommen. Die internationale Metallarbeiterkonferenz soll am 1. März in Köln zusammentreten und sich u. a. mit den internationalen Handelsverträgen und dem Problem der internationalen Kartellierungen und Konzernbildung in der Schwerindustrie befassen.

Telephonarbeiterstreik.

In der Telephonfabrik von Dauternheim, Köpenicker Straße 114, steht die Belegschaft seit Sonnabend in einem Abwehrstreik. Als nach den Reichstagsfeierlichkeiten die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, erklärte der Inhaber der Firma den Arbeitern und Arbeiterinnen, daß er es nicht mehr zulassen könne, daß im Lohnstundford 1,10 M. in der Stunde verdient werden. Er läßt sich gezwungen, den allgemeinen Verhältnissen Rechnung tragend, die Verdienste auf 85 Pfennig zu reduzieren. Auf Verhandlungen ließ sich der Herr weder mit der Betriebsvertretung noch mit einem Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein, nahm vielmehr seinen Koffer und verschwand durch eine Hintertür nach London, wie seine Angestellten mitteilten. Da er bei der eiligen Abreise vergessen hatte, seinen Vertretern die Vollmacht zu hinterlassen, verhandeln zu können, so war es auch nicht möglich, den Streitfall zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Die Belegschaft war aber auch nicht gewillt, sich ohne weiteres den Anzug gefallen zu lassen, und so blies nichts weiter übrig, als in den Abwehrkampf zu treten. Die Berliner Arbeiterchaft wird darum gebeten, Zuzug strengstens fernzuhalten und auch sonst Solidarität zu üben.

Schiedsspruch für die Seeschiffahrt.

Der Schiedsspruch vom 23. Dezember über den neuen, ab 1. Dezember geltenden Tarif der deutschen Seeschiffahrt ist von beiden Parteien angenommen worden. Der Tarif setzt für Schiffs-offiziere mit einer Feuer von weniger als 150 M. monatlich eine Erhöhung um 8 Proz. und von 150 M. und darüber eine Erhöhung um 5 Proz. fest. Die Feuer für Deck- und Maschinenpersonal wird um 8 Proz. erhöht. Die neuen Bestimmungen gelten bis zum 31. März.

Wirtschaft

Besserung des Kohlenabfahes.

Aus den vorliegenden Berichten der einzelnen Kohlenreviere ist ersichtlich, daß augenblicklich ein besserer Kohlenabfah als in den Vormonaten zu verzeichnen ist. So konnte z. B. Deutsch-Oberböhmen, das unter der Abfahrskrise am schwersten gelitten hat und in den Dezemberabtagen keine Produktion z. B. in der Woche vom 21. Dezember von rund 265 200 Tonnen auf 286 500 Tonnen bedeutend steigern konnte, seinen Abfah in der genannten Woche von 251 882 Tonnen auf 255 882 Tonnen vermehren. Von Bedeutung ist auch die Mehr-einfuhr englischer Kohle. Während in der Zeit vom 1. bis 12. Dezember 1924 im Lübecker Hafen nur 5290 Tonnen englische Kohle einliefen, betrug die Einfuhr in der Woche vom 13. bis 20. Dezember 16 000 Tonnen.

Die Schillingwährung in Deutschösterreich.

In Wien wurde der Regierungsentwurf eines Bundesgesetzes über die Aufstellung von Bilanzen in Schillingrechnung unter Reubemertigung von Aktien und Verbindlichkeiten (Goldbilanzgesetz) veröffentlicht. Danach wird beim leibdinglich auf die Schillingrechnung eine Eröffnungsbilanz und eine Eröffnungsbilanz in Schillingrechnung geschaffen, in der die Reubemertigung der Bilanzposten zu erfolgen hat. Die Borräte und das Inventar dürfen höchstens mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten aufgeführt werden. Die Mindestgrenze des Aktienkapitals ist mit 90 000, bei dem G. m. b. H. mit 10 000 Schilling festgesetzt. Nach der Goldumstellung sind neue auf Schilling lautende Aktien auszugeben, welche gegen die alten Aktien eingetauscht werden. (1 Schilling = 10 000 Kronen = 0,60 Reichsmark.)

Zollabfertigung von Ausfuhrsgütern. Nachdem die Reichsbahn-gesellschaft zugestimmt hat, daß der Vorabfertigungszwang für Ausfuhrsgüter verfahrensweise beseitigt wird, hat der Reichsminister der Finanzen die Zollstellen angewiesen, die zollamtliche Vorabfertigung von Waren zur Ausfuhr nur noch auf Antrag vorzunehmen. Im übrigen findet die Zollabfertigung von Ausfuhrsgütern bei den Grenz-zollämtern an Hand der Begleitpapiere statt.

Aus der Partei.

Der Konflikt in Sachsen.

Dresden, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Bezirksverbände der S.P.D. Sachsens nahmen am vergangenen Sonnabend in einer gemeinsamen Sitzung zu den Vorschlägen des Parteivorstandes über die Beilegung des sächsischen Konfliktes Stellung. Die Bezirksverbände lehnten die Vorschläge des Parteivorstandes als ungenügend ab, erklärten sich aber bereit, an der Verständigung auch weiterhin mitzuwirken. Außerdem nahm die Konferenz folgende Entschließung an: „Die Landesfinanzien der S.P.D. Sachsens protestieren gegen die Personalpolitik der Regierung Heß, über deren Zug durch die brutale Maßregelung des Genossen Ebel der letzte Zweifel zerstreut worden ist. Die sächsische Partei wird dieser Personalpolitik gegenüber in schärferer Gegnerschaft beharren und bezeugt den Opfern der Regierung Heß ihre vollste Sympathie und Solidarität.“

Hierzu erfahren wir, daß auf Beschluß des Gesamministeriums im Rahmen der allgemeinen Sparmaßnahmen die Einstellung des Genossen Ebel als beamteter Mitarbeiter der Redaktion der „Sächsischen Staatszeitung“ widerrufen und Ebel mit einem Jahresgehalt am 31. Dezember aus dem Dienst entlassen worden ist. Es besteht nicht die Absicht, die freigewordene Stelle wieder zu besetzen. Ebel gehört zu den Führern der Fraktionsminderheit.

Hermann Rhein 25 Jahre in der Bremer Bürgerchaft. Die erste Sitzung der neugewählten Bremer Bürgerchaft gestaltete sich zu einer Feier für den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Genossen Hermann Rhein, der an diesem Tage auf seine 25jährige Zugehörigkeit zur Bürgerchaft zurückblicken konnte. In einer Ansprache, bei der sich alle Mitglieder mit Ausnahme der Kommunisten von ihren Wahlen erhoben, feierte der Präsident der Bürgerchaft den Jubilar, schilderte den Kampf der Sozialdemokratie um die Eroberung des Bremer Landesparlamentes und erinnerte daran, wie vor 25 Jahren der heutige Senator Rhein gemeinsam mit Fritz Ebert in die vom Bürgerium beherrschte bremische Volksvertretung einzog. Damals waren 11 Sozialdemokraten in der Bürgerchaft; heute kann Genosse Rhein die Geschäfte einer sozialdemokratischen Fraktion von 45 Köpfen führen.

Genosse Ewald Schmid, der 5 1/2 Jahre lang als Erster Bürgermeister der Stadt München mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit für die Allgemeinheit wirkte, ist wieder auf seinen Posten als Redakteur unseres Münchener Parteiblattes, der „Münchener Post“, zurückgekehrt, um wieder das Referat für Kommunalpolitik zu übernehmen, das er vor dem Jahre 1919 bereits über ein Vierteljahrhundert vertrat. Genosse Schmid steht im 63. Lebensjahre. Genau vor 25 Jahren wurde er als Vertreter der Sozialdemokratie zum erstenmal in das Münchener Rathaus gewählt, dem er seither ununterbrochen als Stadtrat angehört.

Präsidentenrat für Politik: Genk Reuter; Wirtschaftl. V. S. J. Steiner; Gewerkschaftsbewegung: Reichel; Kultur: Reußner; A. S. Döcker; Sozialen und Genossen: Feig; Reichel; Wirtschaftl. V. S. D. Glade; Familien in Berlin: Weisag; Wirtschaftl. V. S. D. Berlin; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Reichshallen-Theater
Allabendl. 8 U. u. Sonntags nachm. 3 Uhr
Stettiner Säger
Plätze 90 Pl. bis 2,50 M.
Nachmittags halbe Preise
volles Programm.
Dönhoff-Brettl: D. große
Neujahr-Programm
Anf. 7 1/2 U., Sonnt. 8 1/2 U.

Theater am Kottbuser Tor.
Tägl. 8 Uhr und
Sonntag nachm. 3 Uhr
Elle - Säger.
Die Revue des Humors:
„Elle u. Vorn!“
Volkstümliche Preise.

Gardinen
Verkauf R. Witte, Wilmer-
dorfer Str. 65a, 2. Etage.
Kein Laden! Konkurrenzlos
billig kaufen Sie im Betragsgeschäft!
Reiche Auswahl in Fragensiegeln,
Brücken, Tisch- und Divandecken.
Besichtigung ohne Kaufzwang!
Kaufverlehtung durch Anzahlung!

**Der gute Kapitän-
Kaufabak**
In den meisten Epren-
ständorten erhältlich
O. Becker, Berlin
Lichtenberger Straße 72, Kgst. 3861

**Wohlfahrts-
Geld-Lotterie**
für die Angehörigen von Rhein und Ruhr.
Ziehung 15., 16. u. 17. Januar 1925
12 836 Gewinne im Gesamtbetrag von Rm.
Hauptgewinne:
300 000
75 000
50 000
25 000
10 000
Lose zu M. 3.30 Porto u. Gewinnl.
30 Pfennig extra.
10 Lose einschließlich Porto
und Gewinnliste 33 M.
Zu haben bei allen staatlichen Lotterien-
Einsammlern, und durch Filialen konzern-
fremder Verkaufsstellen.
BERLIN W 8
jetzt Friedrichstr. 176/178
neben Kaiser-Kaffee
Postcheckkonto 3104

Küchen
In feinsten Ausführung
Entscheidende
Rauerküchen
komplett 85 M.
Moderne
Anrichteküchen,
kompl. 125, 135,
145, 170 M.
Große
Umbauküche,
190 cm breit, kompl.
178 M.
Higante
Anrichteküchen,
schwere Ausführung,
kompl. 198 M.
Küchen in größter
Auswahl, einfachste
bis feinste, zu sehr
billigen Preisen.
Schnellw. Austausch.
Küchenmöbelfabrik
BEROLINA
Kommandantenstr. 57

**Spezialität
Gund Müller**

Hosen
jeder Art kaufen Sie am besten und
billigsten in d. Münchener-Gladbacher
Hosen-Zentrale.
Hosen- und Knaben-Anzüge,
Hosenträger, Stutzen sehr preisw.
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Bügener Str. 25 (nahe Gasometer)
Blauer Laden - Fahrgeldvergütung

Verkäufe
Raumann-Röhrenmaschinen für Haus-
gebrauch und Gewerbe, Kellerröhren,
Reparatur-Bericht für alle Systeme
Emil Raumann, G. m. b. H., Reichel-
straße 55, Berlin SW. 68.

Verkäufe
Kapellmann'scher verkauft extra
Kellerröhren, Leuchte, D. S. 30. - an-
gebunden, Ombanobra, Bettvorlagen,
Bücherstifte zu selbstb. billigen
Preisen, Elberfelder Straße 166, kein
Laden.
Wienbeltschows, Reinholdenstraße 105,
Reichelstraße, Nähe S. - Bismarck-
straße 12. - Städtische Berliner Sport-
plätze, Straße 15. - Ufer 15. - Re-
berstraße 9. - Anzahlung gestattet.
Reine Zombachwerke.

Verkäufe
Reichshallen-Theater
175. - Pelzjacken auf Seide
75. - Kaulwurfschale 100. - Streu-
kissen 12. - Sagen 15. - Sportkleid
55. - Schokolade 100. - Kerzen:
1 Kasten Anker 15. - an. Ufer, Pelz-
tisch 15. - an. Dornenmantel, Rostkorn,
Reiser extra billig, keine Lombard-
werte.

Verkäufe
Damenmäntel, Herrenmäntel 8. -
8. - 12. - Herrenmäntel 12. - 19. -
Geflügelmäntel 14. - 19. - Kleider-
mäntel 25. - Kleidermäntel mit Pelz
25. - Kleidermäntel 34. - 39. -
Bericht Sommer, Oberstraße 15, eine
Treppe, Dörflicher Markt, Schar-
bühnen.
Damenmäntel, Herrenmäntel 5. -
8. - 12. - Kleidermäntel 19. -
25. - 35. - Kleidermäntel 9. - 14. -
25. - Geflügelmäntel 14. - 25. - 35. -
Herrenmäntel, Herrenmäntel 66 H.
Geflügelmäntel, Geflügelmäntel ununter-
brochen von 8 bis 7 Uhr.
Kleider-Modelliererei 7. - Gän-
zliche Kleiderherstellung in allen Lei-
sten zu dannenrechenenden feststehenden
Sommerpreisen! Wunderbar! Kolle-
ktionen! Kaufmann! Damenkleidung!
Herrenkleidung! Achtung! Achtung!
Bericht von Geflügelmäntel-Engländer
Brunnenstraße 4, Reber 5177.

Verkäufe
Engrospreise für Speisezimmer echt
Eiche, Innen- und Außen, moderne
Niederpreise, volle Eben, Silber-
schalen, Messinggeschloß, teilschmelz,
operte Stühle, schwerer Auszug,
6 Beherhülle, komplett abget. 80. -
Wohnzimmerecke, Zugstühle 75. - an
Kleiderherb. etc.
Wäsche 150. - Reben 95. - Klei-
derhülle, Beherhülle 15. - Schreib-
tisch, Schreibtisch 15. - Kleiderhülle
45. - Kleiderhülle 65. - Truhen,
Kleiderhülle, Götterhaus, Kleider-
hülle, Kleiderhülle, Kleiderhülle
Wohnzimmerecke, Kleiderhülle, Klei-
derhülle 55.
Kleiderhülle, Möbel jeder Art. Ge-
richte Anzahlung, bequeme Abholung.
Kleiderhülle, Kleiderhülle, Kleider-
hülle 77/78, Ode Brückenstraße.

Musikinstrumente
Wien preiswert. Klaviermacher
Hof. Brunnenstraße 33.

Kaufgesuche
Reberherb. Kauf Brunnenstraße 19
Kleiderhülle, Kleiderhülle, Klei-
derhülle 77/78, Ode Brückenstraße.

Verschiedenes
Gewissenhafte Unterwäsche, Wäsche,
Kleiderhülle, Kleiderhülle, Klei-
derhülle 77/78, Ode Brückenstraße 62.

Geldverkehr
Kleiderhülle, Kleiderhülle, Klei-
derhülle 77/78, Ode Brückenstraße,
Reberherb. Kauf Brunnenstraße 19.
Kleiderhülle, Kleiderhülle, Klei-
derhülle 77/78, Ode Brückenstraße.